Beschlussvorlage Samtgemeinde	Vorlage Nr.: 195/2017			
78. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) der Samtgemeinde Bersenbrück - Mitgliedsgemeinde Ankum Hier: erneuter Abwägungs- und Feststellungsbeschluss				
Beratungsfolge:				
Gremium	Datum	Sitzungsart	Zuständigkeit	TOP-Nr.
Ausschuss für Planen, Bauen und Straßen	14.11.2017	öffentlich	Vorberatung	
Samtgemeindeausschuss	04.12.2017	nicht öffentlich	Vorberatung	
Samtgemeinderat	14.12.2017	öffentlich	Entscheidung	

Anlagen:

- Abwägungsvorschlag vom 07.11.2017
- Endfassung der Planunterlagen zur 78. Änderung des FNP

Beschlussvorschlag:

- Der Abwägungs- und Feststellungsbeschluss über die 78 Änderung des FNP vom 21.06.2017 wird aufgehoben.
- Die Abwägung der in den Stellungnahmen zur 78. Änderung des FNP vorgetragenen Bedenken und sonstigen Anregungen wird in der vorliegenden Fassung (Abwägungsvorschlag vom 07.11.2017) beschlossen.
- Die 78. Änderung des FNP wird in der vorliegenden Fassung beschlossen und die Begründung dazu anerkannt. Die Verwaltung wird beauftragt, die Genehmigung dieser Änderung beim Landkreis Osnabrück zu beantragen.

1. Finanzielle Auswirkungen

- Ja
 Nein

2. Beteiligte Stellen:

Der Inhalt der Vorlage unterstützt folgende/s strategische/n Ziel/e

Schaffung der planungsrechtlichen Grundlage zur mittel- bis langfristigen Deckung der Nachfrage nach Wohn- und Gewerbegrundstücken in der Mitgliedsgemeinde Ankum.

Sachverhalt:

Mit der 78. Änderung des FNP sollen Wohn- und Gewerbeflächen in der Mitgliedsgemeinde Ankum dargestellt werden, um den Bedarf nach diesen Flächen mittel- bis langfristig decken zu können. Die Planzeichnung ist in den Anlagen zu dieser Vorlage enthalten. Das Aufstellungsverfahren mit Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurde von der Verwaltung durchgeführt. Nachdem der Samtgemeinderat in seiner Sitzung am 21.06.2017 den Abwägungs- und Feststellungsbeschluss für die 78. Änderung des FNP gefasst hat, wurde vom Landkreis Osnabrück im Rahmen der Genehmigungsprüfung darauf hingewiesen, dass die neuen Bekanntmachungsvorschriften in der Hauptsatzung, nach denen ortsüblich im Internet veröffentlicht und in den Tageszeitung lediglich nur kurz auf diese Veröffentlichung hingewiesen wird, nicht mit dem bundesrechtlichen Bauplanungsrecht zu vereinbaren sei. Hierzu gäbe es auch eine Entscheidung des OVG Lüneburg. Das Internet könne für die Bekanntmachung über die öffentliche Auslegung der Planunterlagen ergänzend genutzt werden, aber nicht ausschließlich. Sämtliche Informationen, die die Bekanntmachung enthalten muss, sind auch auf herkömmliche Weise bekanntzumachen. Für die Samtgemeinde sind dies die beiden Tageszeitungen Bersenbrücker Kreisblatt und Bramscher Nachrichten, in denen bislang die Bekanntmachungen für eine ortsübliche Veröffentlichung abgedruckt worden sind. Um die Genehmigungsfähigkeit der 78. Änderung des FNP nicht zu gefährden, sollte die Auslegung unter Berücksichtigung der anzuwendenden Bekanntmachungsform und auch die Behörden- und Trägerbeteiligung wiederholt werden. Dies ist in der Zwischenzeit geschehen. Die Planunterlagen haben erneut in der Zeit vom 04.10.2017 bis einschl. 06.11.2017 öffentlich ausgelegt, worauf zuvor durch vollständige Veröffentlichung des Bekanntmachungstextes in den genannten Zeitungen am 23.09.2017 hingewiesen wurde. Unter Aufhebung des ursprünglichen Beschlusses vom 21.06.2017 ist nunmehr unter Einbeziehung der zusätzlichen Stellungnahmen ein erneuter Abwägungs- und Feststellungsbeschluss zu fassen.

Integrations- / Gleichstellungspolitische Auswirkungen

Keine

gez. Dr. Baier
Samtgemeindebürgermeister

gez. Heidemann
Fachdienstleiter III